



**Pet 1-19-06-227-020117**

53127 Bonn

Staatsbürgerliche Bildung

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 28.01.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,  
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

### **Begründung**

Mit der Petition wird eine Verbesserung der politischen Bildung auf europäischer Ebene gefordert, insbesondere soll sich die Bundesregierung für die Einrichtung einer Europäischen Zentrale für politische Bildung einsetzen.

Zur Begründung des Anliegens wird im Wesentlichen ausgeführt, dass die Demokratie wie keine andere Staatsform von der Entwicklung der Potentiale ihrer Bürgerinnen und Bürger abhängt. Um den Reichtum und die Vielfalt Europas erstrahlen zu lassen, sollten die Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich ihrer politischen Willensbildung unterstützt werden. So werde eine Instanz angeregt, die wissenschaftliche Informationen zu zentralen Fragen der europäischen Institutionen und Politiken nachfrage, ermittele und öffentlich verbreite. Zu ihren Aufgaben könnte das Erstellen von Publikationen ebenso gehören wie die Veranstaltung von Diskussionen und die Förderung und Erstellung von geeigneten Medien.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.



Zu der auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlichten Eingabe liegen 52 Mitzeichnungen und elf Diskussionsbeiträge vor. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss stellt zunächst grundsätzlich fest, dass politische Bildung auf europäischer Ebene derzeit wenig institutionalisiert ist. Zwar sind seitens der EU-Kommission „soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz“ als eine von acht Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen definiert worden. Gleichwohl findet dies in den Fördermechanismen und Programmstrukturen der Europäischen Union (EU) wenig Niederschlag. Es fehlen sowohl eine europäische Förderstruktur zur Stärkung politischer Bildung, die es möglich machen könnte, europäische Debatten zu begleiten, als auch ein europaweites Stipendiatenprogramm zum Austausch von politischen Bildnern („Erasmus für politische Bildner“).

Mit zahlreichen Vernetzungsinitiativen hat sich die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) immer wieder für die Stärkung der politischen Bildung über die Themen und Herausforderungen der EU und die Unterstützung einer europäischen Öffentlichkeit eingesetzt. Mit einer mehrsprachigen täglichen Presseschau leistet Eurotopics seit 2005 einen Beitrag für eine europäische Öffentlichkeit. Das BpB-Angebot zielt darauf ab, ein realistisches Bild der jeweiligen nationalen Debatten und Diskurse wiederzugeben.

Ferner weist der Ausschuss darauf hin, dass bereits 2004 das Netzwerk NECE (Networking European Citizenship Education) ins Leben gerufen wurde, um die Akteure auf dem Feld der politischen Bildung europaweit zu vernetzen. In diesem Rahmen werden die Erfahrungen und Prinzipien der politischen Bildung in Deutschland regelmäßig im Dialog mit den europäischen Partnern diskutiert sowie umgekehrt praktische und konzeptionelle



Ansätze aus anderen nationalen Kontexten vorgestellt. Ferner erarbeiteten Partner des Netzwerks den VoteMatch Europe (vergleichbar mit dem deutschen Wahl-O-Mat), der seit 2009 regelmäßig die Europawahlen begleitet. Weiterhin fördert die BpB im Rahmen von NECE eine internationale Expertengruppe, die an der praktischen Umsetzung und Erprobung des vom Europarat erarbeiteten Referenzrahmens für Kompetenzen in einer demokratischen Kultur arbeitet.

In diesem Zusammenhang gibt der Ausschuss jedoch zu bedenken, dass einseitige Vorgaben durch einen Mitgliedstaat, wie die Organisation politischer bzw. staatsbürgerlicher Bildung auf europäischer Ebene erfolgen soll, wenig zielführend erscheinen.

Die mit der Petition konkret vorgeschlagene Einrichtung einer Europäischen Zentrale für politische Bildung stellt nur eine Möglichkeit von vielen dar, um die politische Bildung und Demokratie auf europäischer Ebene zu befördern. Zudem wäre die Schaffung einer zusätzlichen europäischen Institution sehr komplex.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Petitionsausschuss im Ergebnis, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte. Der von den Fraktionen der FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag, die Petition dem Europäischen Parlament zuzuleiten, ist mehrheitlich abgelehnt worden.